

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/36

Bonn, den 21. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Praktische Europapolitik</u>	48
	Die SPD-Initiative für ein "Europäisches Jugendwerk" hat gezündet Von Waldemar Ritter	
2	<u>Vermenschlichung oder Verteufelung der Politik ?</u>	47
	Groteske Umkehrung der Fronten in der Passierschein-Diskussion	
3	<u>Die französische Seele und die Atombombe</u>	41
	Bekannte Autoren gegen die Pläne de Gaulles	
4	<u>Hessen plant auf lange Sicht</u>	33
	Verkehrsminister Osswald legt Verkehrsplan für 15 Jahre vor Von Frank Sommer, Frankfurt	
5 - 6	<u>Marokko zwischen Recht und Unrecht</u>	64
	Folterungen von Oppositionellen Von Bruno Kuster, Genf	
6	<u>In Frankreich verurteilt ...</u>	29
	Der Fall des Exlegionärs Heintz	

***** ZUR BEACHTUNG *****
"Gesundheit um jeden Preis - Mensch und Verkehr"
zum Thema dieser gesundheitspolitischen Fassung der SPD vom
28. Februar bis 1. März 1964 in Pforzheim schreibt
Frau Dr. Elinor Hubert, MdB
in SFD-Pressedienst. Wir veröffentlichen diesen Artikel in
unserer Ausgabe von Montag, dem 24. Februar 1964.

Praktische Europapolitik

Die SPD-Initiative für ein "Europäisches Jugendwerk" hat gezündet
Von Waldemar Ritter

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben am Donnerstag dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag für ein "Europäisches Jugendwerk" zugestimmt. Alle Fraktionen stimmten auch mit der SPD darin überein, die Gründung dieses Jugendwerkes so anzustreben, daß bei entsprechenden Verhandlungen auf multilateraler Basis die Gestaltung und Finanzierungsweise des "Deutsch-Französischen Jugendwerkes" zugrunde gelegt werden soll. Und alle Fraktionen stimmten der SPD zu, daß bei der Gründung anzustreben ist, daß die europäischen Regierungen nach Größe und Finanzkraft gestaffelt, jährlich einen nennenswerten Betrag in einen gemeinsamen Fonds geben sollten, der vor allem dem Zweck dienen muß, den Austausch und die Zusammenarbeit der jungen Generation in Europa zu fördern, so, wie sie im Interesse der europäischen Integration zu wünschen ist.

Diese SPD-Initiative, die von dem Abgeordneten Harry Liekr in einer der jungen Generation angemessen temperamentvollen und doch zugleich sachlich-nüchternen Art begründet wurde, ist ein gutes Stück praktischer Europapolitik. Es war klar, und von dem Sprecher der SPD mit Absicht von vornherein in die Debatte genommen, daß der Vorschlag zur Gründung eines "Europäischen Jugendwerkes" gerade in der deutschen Diskussion gewisse Ähnlichkeiten in der Form mit den "Deutsch-Französischen Jugendwerk" aufweisen mußte. Das ist gut so, und es war auch gut so, daß die Sprecher der anderen beiden Fraktionen auch hier mitdiskutierten, um gemeinsam den Schutt von den Halden abzuräumen, der sich mittlerweile angesammelt hatte. Denn ohne jeden Zweifel sind auch von dem Zustandekommen und von der Diskussion um das "Deutsch-Französische Jugendwerk" in der jungen Generation ganz Europas Erkenntnisse gewachsen, die sie nun eben auf ganz Europa angewendet wissen möchte. Es ist vor allem auch die durch die Anwesenheit des Bundesfinanzministers bei dieser Debatte unterstützte Erkenntnis, daß Parlament und Regierungen auch für die internationale Jugendbegegnung plötzlich bedeutende Summen in den Staatshaushalt aufnehmen können, wenn das ihrer politischen Konzeption entspricht.

Das aber brauchen wir auf der europäischen Ebene, wenn wir mit der Einheit Europas ernst machen wollen. Wir haben eine besondere Verpflichtung, ein europäisches Jugendwerk zu schaffen. Unsere Väter konnten den Weg dazu nicht finden. Jetzt ist er da und jetzt wollen wir ihn beschreiten. Wir vergessen dabei nicht unsere Jugend hinter dem Eisernen Vorhang. Wir werden und wir müssen das europäische Jugendwerk auch für sie und für den Tag weit öffnen, an dem sie in freier Entscheidung sich mit der Jugend Westeuropas begegnen kann.

Es ist gut, daß der Deutsche Bundestag mit der Bejahung des europäischen Jugendwerkes geschlossen diese Gemeinschaftsaufgabe Europa erkannt hat und vorwärts treiben will. Er findet dabei nicht nur die gesamte deutsche Jugend an seiner Seite, sondern kann der Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit den anderen europäischen Ländern gestrost mit auf den Weg geben, daß auch die europäische Jugend voll Ungeduld die Einheit Europas will. Die Initiative der SPD und die Zustimmung aller Fraktionen des Deutschen Bundestages hat ihr dabei geholfen.

Vermenschlichung oder Verteufelung der Politik ?

Groteske Umkehrung der Fronten in der Passierschein-Diskussion

G.M. - Ohne Zweifel gibt es in der Bundesrepublik politische Kräfte, die krampfhaft nach einer Möglichkeit suchen, um - wie sie sagen - "mit gutem Recht" die Verhandlungen über das Zustandekommen einer neuen Passierscheinvereinbarung in Berlin abbrechen zu können. Das ist deshalb bedauerlich, weil zwischen dem Berliner Senat, der Bundesregierung und den westlichen Schutzmächten Berlins volle Übereinstimmung darüber besteht, unter welchen Voraussetzungen die Verhandlungen weitergeführt werden können.

Ein Versuch, die hemmenden Kräfte der deutschen Politik zu umgrenzen, führt in den Kreis jener politischen Gruppen, die im RHINISCHEN MERKUR und im BULLETIN der Bundesregierung ihre politisch-geistige Heimat sehen. Dort wird spitzfindig und mit kalter Kalkül berechnet, wo Menschlichkeit beginnt, wo sie aufhört und wer unter Umständen von einer verrenschlichten Politik "Nutzen" haben könnte. Hierbei werden alle möglichen WENK und ABER ins Feld geführt; nur e i n e Überlegung kommt zu kurz - der Hinweis darauf, daß es immer wieder Aufgabe der Politik sein muß, den M e n s c h e n zu dienen.

Parallel zu der Suche nach Argumenten gegen den Abschluß eines neuen Passierscheinabkommens werden groteskerweise Behauptungen über die politische Bedeutung der Senatsvereinbarung vom Dezember aus der ostzonalen Presse sinngemäß wiedergegeben. Das ist ein erstaunlicher Wandel, den die Initiatoren einer solchen Polemik gegen die Befürworter von administrativen Vereinbarungen, die Millionen Deutschen zugute kommen können, ins Feld führen. Seit mehr als einem Jahrzehnt sind wir gewohnt, daß man Argumente aus der ostzonalen Presse oder überhaupt aus den Zeitungen der Ostblockstaaten ignoriert. Man ging hierbei von der Voraussetzung aus, die kommunistische Dialektik und das sich daraus ergebende Lügengewebe in der Darstellung aktueller politischer Vorgänge sei keine Plattform für eine unbefangene Auseinandersetzung mit der Argumentation freiheitlicher Gesinnungsordnung.

Auf einmal ist alles anders. Wenn in Pankow irgendjemand behauptet, das Passierscheinabkommen vom Dezember sei "ein politischer Sieg der DDR", dann taucht dieses Argument in der gleichen oder abgewandelten Form auch irgendwo in der Bundesrepublik auf, und zwar diesmal als Kampfkeule gegen den Berliner Senat. Aber nicht nur das, ähnliche Schlaginstrumente werden in der Bundesrepublik auch in internen Auseinandersetzungen der stärksten Regierungspartei gegen einige Kabinettsmitglieder benutzt. Natürlich nennt man öffentlich nicht Namen. Aber jeder Bängeweichte weiß doch, wer gemeint ist.

Man darf gewiß sein, daß in Pankow alle diese sehr eigenartigen Versuche zur Torpedierung eines neuen Passierscheinabkommens eifrig registriert werden. Denn gerade dort sucht man nach Vorwänden, um die eigene starre Haltung rechtfertigen zu können.

Sollten sich am Ende die hemmenden Elemente stärker erweisen als diejenigen Kräfte, die auch im bescheidensten Erfolg auf dem Wege zu einer administrativen Vereinbarung doch noch einen Erfolg erblicken, dann würden wir erleben müssen, daß die Politik anstatt vermenschlicht, wieder einmal v e r t e u f e l t wird.

Die französische Seele und die Atombombe

Bekannte Autoren gegen die Pläne de Gaulles

Die "Zürcher Zeitung" widmete in ihrer Ausgabe vom 16. Februar zwei Werken französischer Autoren, die sich mit der modernen Strategie im Atomzeitalter befassen, eine ausführliche Besprechung. Die Verfasser sind General Beaufre, der während des Krieges und seit dem Kriege als Heereseinheitskommandant in hohen Generalstabsstellungen sowohl der NATO wie Frankreichs eine Fülle von Erfahrungen gesammelt hat und der bekannte aussenpolitische Leitartikler Raymond Aron. Beide Verfasser beurteilen Frankreichs Bestreben, Atommacht zu werden, äußerst kritisch. Die "Zürcher Zeitung" schreibt:

* * *

"Mit beißendem Spott werden die Kritik Präsident de Gaulles an der amerikanischen Doktrin und die Rückständigkeit seiner Auffassungen bedacht: "Die französische Doktrin des Gebrauchs der Abschreckungsmacht ist nichts als eine Wiederholung mit zehn Jahren Verspätung, der Doktrin der massiven Vergeltung, aber im liliputanischen Maßstab." Der Meinung de Gaulles, die Seele Frankreichs verlange, daß ein Krieg s e i n Krieg sei, wird die nüchterne Feststellung beigefügt, daß "die Seele Frankreichs zwar einen Frieden überleben wird, selbst wenn er durch eine integrierte Verteidigung gewahrt bleibt, nicht aber einen Krieg, und wenn er noch so französisch ist".

Die Vorstellung, daß eine französische Vergeltungsmacht notwendig sei, weil sich Europa auf die Entschlossenheit Amerikas, seine Verbündeten zu schützen, nicht mehr verlassen könne, wird sorgfältig überprüft und mit überzeugenden Argumenten als irrig dargetan. Die Betrachtung bleibt aber nicht auf das besondere Problem Frankreichs beschränkt, sondern umfaßt die Lage sämtlicher Länder, die sich unter Umständen in den Besitz von Nuklearwaffen setzen könnten. Sie kommt zum Schluß, daß die Dissemination weder im Interesse der allgemeinen Sicherheit liegt, noch im Interesse der so bewaffneten kleineren Staaten.

Die Abwägung der psychologischen und politischen Faktoren führt indessen zu der Einsicht, daß selbst eine kleine Nuklearmacht, besonders wenn sie verhältnismäßig unverwundbar ist, die Abschreckungswirkung der Streitkräfte auch eines kleinen Staates verstärken würde. Aber bei einer entscheidenden Gegenüberstellung wären die Führer eines Landes, das im Falle eines Nuklearkrieges vernichtet würde, von vornherein denjenigen eines anderen Landes unterlegen, das nur einige schwere Verluste auf sich nehmen müßte."

+ + +

Hessen plant auf lange Sicht

Verkehrsminister Osswald legt Verkehrsplan für 15 Jahre vor

Von Frank Sommer, Frankfurt

Hessen ist nicht nur geographisch, sondern auch verkehrstechnisch das Herz der Bundesrepublik. Das Straßennetz muß deshalb nicht nur die 976 000 Kraftfahrzeuge, die es 1963 in Hessen gab (1950 waren es noch 185 000), sondern auch einen großen Teil des innerdeutschen und darüber hinaus des europäischen Fernverkehrs verkraften. Kommt es zu Störungen, dann haben diese Auswirkungen, die weit über Hessen hinausreichen. Aus all diesen Gründen unternimmt Hessen besondere Anstrengungen, um mit den Problemen fertig zu werden, die die motorisierte Welt des 20. Jahrhunderts aufwirft. Dabei geht man von der Überlegung aus, daß man auch auf dem Gebiet des Verkehrs ohne großzügige, weit in die Zukunft schauende Planung nicht auskommen kann, wenn man echte Lösungen und kein Flickwerk zustande bringen will.

Teil des "Großen Hessensplans"

Der hessische Verkehrsbedarfplan, wie er amtlich genannt wird, wurde in diesen Tagen vom Kabinett gebilligt. Er ist eines der ersten bedeutenden Teilstücke des "Großen Hessensplans", der die gesamte politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes bestimmen soll. Dieser Plan sieht insgesamt 18 Milliarden DM Investitionen vor. Sein Schwerpunkt liegt beim Straßenbau. Hier besteht nach Meinung des hessischen Verkehrsministers Albert Osswald auch der größte Nachholbedarf, weil die in atemberaubendem Tempo fortschreitende Motorisierung das in Jahrhunderten gewachsene Straßennetz völlig überrollt hat.

Vorbildliche Verwendung der Steuern

Hessen unternahm schon bisher beim Straßenbau besondere Anstrengungen. Obwohl es die sogenannte Zweckbindung von Steuermitteln haushaltarechtlich nicht gibt, läßt das Land alle seine Einnahmen aus dem Straßenverkehr wieder in den Straßenbau zurückfließen. Sogar allgemeine Steuereinnahmen werden in großem Umfang für den Straßenbau verwandt.

Der hessische Verkehrsbedarfplan ist die erste Stufe eines Generalverkehrsplans für das ganze Land, in dem die Entwicklungslinien der einzelnen Verkehrsmittel und ihre Stellung im Gesamtsystem neu zu ordnen sein werden.

Marokko zwischen Recht und Unrecht

Folterungen von Oppositionellen

Von Bruno Kuster, Genf

120 führende Mitglieder der marokkanischen Oppositionspartei U.N.F.P. (Nationaler Bund der Volkskräfte) stehen wegen einer Verschwörung gegen Staat und König vor Gericht. Auf einigen ihnen zur Last gelegten Verbrechen steht die Todesstrafe. Als Beobachter der Internationalen Juristenkommission hat der Norweger Erik T. Roulsson, Anwalt am Obersten Gerichtshof, während einiger Tage den Prozeßverhandlungen beigewohnt und bei Behörden und Opposition Erkundigungen eingelesen. Seine Eindrücke faßte er in einem soeben veröffentlichten Brief an die Juristenkommission zusammen.

Das Recht

Die von König Hassan II. ausgearbeitete und vom Volke angenommene Verfassung enthält alle Garantien für die freie Ausübung der Menschen- und Bürgerrechte. Wenn diese Verfassung tatsächlich angewendet wird, stellt sie "eine solide Grundlage für die friedliche Entwicklung des Landes in Richtung eines demokratischen und freiheitlichen Regimes dar". Der Beobachter der Juristenkommission konnte in Rabat feststellen, daß die Zeitungen sehr freimütig über den Prozeß und die Politik der Regierung schreiben und auch frei verkauft werden. Die Prozeßverhandlungen sind öffentlich und werden von zahlreichen ausländischen Pressekorrespondenten verfolgt. Angeklagte und Rechtsanwälte scheinen sich völliger Redefreiheit zu erfreuen.

Zweifel

In den Wahlen zur Deputiertenkammer, die auf Grund der demokratischen Verfassung durchgeführt worden waren, eroberten die Regierungspartei 70, die Oppositionsgruppen aber 69 Sitze. Einen Monat später verhaftete die Polizei einen Oppositionsführer, und wiederum einen Monat später - zwei Wochen vor den Gemeindevahlen - hob sie eine Versammlung der U.N.F.P. aus. Unter den 120 Verhafteten befanden sich 21 Abgeordnete von den 28 Abgeordneten dieser Partei. In den Gemeindevahlen trug dann die Regierungspartei einen überwältigenden "Sieg" davon. Ist das der Sinn der "Verschwörung", welche die Polizei "entdeckte"?

Das Unrecht

Obwohl der Justizminister erklärte, die Polizei habe seit zwei Jahren die Vorbereitungen der Verschwörer beobachtet, schritt sie ohne Haftbefehl der Justizbehörden zur Einkerkierung der 120 Oppositionspolitiker. Unter den Verhafteten befanden sich 21 Abgeordnete, die erst zwei Monate zuvor gewählt worden waren. Ihre Verhaftung stellt somit eine offenkundige Verletzung der verfassungsmäßig garantierten parlamentarischen Immunität dar.

Die Verhafteten wurden in Polizeilokalen während ein bis zwei Monaten in geheimem Gewahrsam gehalten, so daß sie nicht mit ihren Verteidigern Fühlung nehmen konnten. Der Hauptangeklagte erklärte nun vor Gericht, er habe seine von der Polizei gewünschten "Geständnisse" erst nach fruchtlosen Mißhandlungen, die ununterbrochen 34 Tage andauerten, abgelegt. Dem Beobachter der Juristenkommission wurde nicht gestattet, sich mit ihm und anderen Angeklagten zu unterhalten.

ten. Dagegen bestätigten zwei Zeugen im vertraulichen Gespräch, daß auch sie während ihrer nur kurzen Haft grausam gefoltert worden waren. Täglich wurden vier oder fünf Häftlinge in einem Raum gefoltert, der sich unmittelbar neben der Gemeinschaftszelle ihrer Kameraden befand, damit diese in Erwartung ihrer eigenen Qualen die Schmerzensschreie der Opfer hören sollten. Poulsson zieht aus seinen Feststellungen den Schluß, "daß viele, wenn nicht alle, Häftlinge von der Polizei gefoltert wurden."

Das Kriminalgericht von Rabat lehnte das Begehren der Verteidigung ab, den Untersuchungsrichter, der den Folterungen beiwohnte, als Zeugen in öffentlicher Verhandlung zu vernehmen. Es lehnte auch das Gesuch ab, die Angeklagten ärztlich untersuchen zu lassen, um die Spuren der Mißhandlungen feststellen zu können.

Erik T. Poulsson gelangt in seinem Bericht zu dem Schluß, daß das Vorgehen der marokkanischen Polizei in mehrfacher Hinsicht eine Verletzung der Verfassung darstellt. Sollte vielleicht der Hauptangeklagte, Moumen Diouri, recht haben, als er vor Gericht aufrief, es habe nie eine Verschwörung gegen den Staat, sondern nur eine Verschwörung der Polizei gegen die Opposition gegeben?

+ + +

In Frankreich verurteilt ...

Der Fall des Exlegionärs Heinig

sp - Als ganz junger Mensch kam der heute 29 Jahre alte Eugen Heinig aus Bexbach/Saar zur Fremdenlegion. 1955 gelang ihm die Flucht. Heinig fand rasch Anschluß an das Leben, er gründete eine Familie und ist heute Vater von zwei Kindern. Doch den in seinem Heimatort angesehenen Handwerker verfolgte ein grausames Mißgeschick, das seine Familie in Sorge und Ungewißheit stürzte. Heinig wurde im Dezember vergangenen Jahres, als er die Brücke von Kehl betrat, von französischen Polizisten verhaftet und in das Legionärsgefängnis Baumette in Marseille übergeführt. Eine Intervention des saarländischen Ministerpräsidenten und des Bonner Auswärtigen Amtes bei der französischen Regierung hatte zunächst Erfolg. Die Freilassung sollte erfolgen. Statt der erhofften Rückkehr erhielt Frau Heinig die Mitteilung, ihr Mann sei von einem französischen Militärgericht wegen Fahnenflucht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Formell mögen die französischen Gerichte im Recht sein. Doch dieser Fall des Exlegionärs hat auch noch eine andere Seite. Heinig war bei seinem Eintritt in die Fremdenlegion vor zehn Jahren minderjährig und sein Fluchtmotiv gerechtfertigt. Das Gerechtigkeitsempfinden empört sich dagegen, einen Mann deshalb zehn Jahre nach seiner Flucht seiner Familie zu entreißen. Das Wort von der deutsch-französischen Freundschaft wird heute groß geschrieben. Die Jugend beider Völker fand und findet zueinander. Der Fall Heinig verträgt sich jedoch schlecht mit dem Geist dieser Freundschaft, er löst Verbitterung aus. Wenn schon die Richter in Marseille kein Einssehen haben, so läge es jetzt am französischen Staatspräsidenten de Gaulle, Gnade vor Recht gewähren zu lassen und der Familie den Vater und Ernährer zurückzugeben. Großzügigkeit wäre hier wohl am Platze, Linderete sie doch menschliches Leid.

+ + +